



Themen der Woche Nr. 17/118

1. E-Sport, Gamerszene und Spielentwicklung
2. Materielle Ausstattung der Polizei Rheinland-Pfalz
3. Bedrohungen und Hasskommentaren entschieden entgegenwirken
4. Bundesrat: Verbesserungen für Pflegekräfte – Müllberge und Mikroplastik – Klimaschutzpaket



1. E-Sport, Gamerszene und Spielentwicklung

Große Anfrage der Fraktion der AfD
- Drs. 17/10417 -

Die Fraktion der AfD beschäftigt sich in ihrer Großen Anfrage mit den Themen E-Sport und Gaming. Sie begründet ihre Anfrage mit dem wachsenden Markt in Deutschland, bei gleichzeitig geringem Anteil deutscher Entwickler am nationalen Umsatz.

Die Fraktion fragt nach, ob es Pläne gibt, die Computerspielbranche und den E-Sport in Rheinland-Pfalz zu **fördern**. Sie bezieht sich auch auf den Status quo des Ausbaus der digitalen Infrastruktur. Zudem erkundigt sie sich nach Art und Anzahl der **Studiengänge** mit Schwerpunkt „Computerspiele“ (Design, Programmierung, Vermarktung etc.).

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist der Fraktion die Frage nach der **Anerkennung des E-Sport als Sport** und nach dessen Gemeinnützigkeit. Sie will wissen, ob es diesbezüglich bereits Kontakt zwischen der Landesregierung und dem Landessportbund gegeben hat und wie die aktuelle Situation des E-Sport im Land aussieht. Auch zu möglichen sicherheitsrelevanten Gefahren durch die „Gamerszene“ erfragt sie eine Stellungnahme, insbesondere in Bezug auf eine eventuelle „Radikalisierung“ durch Computerspiele.

2. Materielle Ausstattung der Polizei Rheinland-Pfalz

Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion der AfD
- Drs. 17/10463 -

Die Landespolizei sei, auch im Vergleich mit anderen Länderpolizeien und der Bundespolizei, hervorragend ausgestattet, betont die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Große Anfrage. Sie fördere eine effektive Polizeiarbeit auch durch eine **moderne Ausstattung**. Die Ausstattung werde fortwährend auf den aktuellen technischen Stand gebracht und zudem auch kontinuierlich dem **technologischen Fortschritt** angepasst.

Die Bestandteile der persönlichen **Schutzausrüstung** würden nach Bedarf beschafft. Die Ausrüstung werde regelmäßig überprüft. Nach Ablauf der vorgesehenen Nutzungsdauer bzw. bei Beschädigung oder Verlust würde der jeweilige Ausrüstungsgegenstand neu beschafft. So

hätten zum Beispiel die Schutzweste sowie der Polizeieinsatzhelm jeweils eine Nutzungsdauer von ca. 15 Jahren. Alle standardmäßig eingesetzten **Bewaffnungs- und Verteidigungsmittel** wie zum Beispiel Dienstpistolen, Einsatzstöcke, Reizstoffsprüngeräte, Handfesseln, aber auch Taser würden bedarfsorientiert beschafft. Die Beschaffung von **Fahrzeugen** richte sich am taktischen Bedarf der Polizeidienststellen aus, erläutert die Landesregierung. Parallel hierzu erfolge eine ständige Marktbeobachtung. Bei Erfüllung der Anforderungen würden – vor dem Hintergrund von drohenden Dieselfahrverboten in Innenstädten – auch **alternative Antriebe** berücksichtigt. So konnten für den Fuhrpark der Polizei Rheinland-Pfalz bereits **Hybrid- und Elektrofahrzeuge** für ausgewählte Einsatzbereiche beschafft werden, heißt es in der Antwort der Landesregierung weiter. Am Markt stünden jedoch noch nicht für alle Einsatzbereiche geeignete Fahrzeuge zur Verfügung.

3. Bedrohungen und Hasskommentaren entschieden entgegenwirken

Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage
- Drs. 17/10353 -

Die Landesregierung erklärt, dass in Rheinland-Pfalz bislang im Jahr 2015 die meisten politisch motivierten Hasspostings verzeichnet wurden (112 Straftaten). Den Grund hierfür sieht sie in der zu diesem Zeitpunkt aktuellen Asyl- und Flüchtlingsthematik. Seitdem seien die Fallzahlen rückläufig. Im Jahr 2019 (Stand 30.09.2019) seien bislang 29 Straftaten im Kontext „Hassposting“ erfasst worden, wobei 24 davon der „PMK-rechts“ („Politisch motivierten Kriminalität“) zuzuordnen seien.

Zur verstärkten Verfolgung dieser Straftaten wurde im August 2019 beim Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz eine **Hotline** für die öffentliche Verwaltung eingerichtet. Hierüber könne die Polizei rund um die Uhr über strafrechtlich relevante Sachverhalte mit Bezügen zur ausgeübten Tätigkeit in Kenntnis gesetzt werden. Bürgerinnen und Bürger könnten über ein **Internetformular** rund um die Uhr Strafanzeige stellen oder Hinweise geben.

In ihrer Antwort stellte die Landesregierung zudem den **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches – Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes von im politischen Leben des Volkes stehenden Personen** (Bundesrats-Drucksache 418/19) vor (siehe hierzu Themen der Woche Nr. 17/109 vom 30.08.2019).

4. Bundesrat: Verbesserungen für Pflegekräfte – Müllberge und Mikroplastik – Klimaschutzpaket

BundesratKOMPAKT vom 08.11.2019

In seiner letzten **Sitzung am 8. November 2019** behandelte der Bundesrat 65 Tagesordnungspunkte. Wiederum war eines der beherrschenden Themen der Klimaschutz und die Müllvermeidung. Weitere Themen waren das Pfandflaschensystem und die Verbesserungen für Pflegekräfte.

Bundesrat ermöglicht bessere Bezahlung in der Pflege

Die Bezahlung in der Pflegebranche soll gerechter werden: Der Bundesrat hat am 8. November 2019 das Pflegelohnverbesserungsgesetz gebilligt. Damit sich die Entlohnung der Pflegekräfte verbessert, ermöglicht das Gesetz dem Bundesarbeitsministerium, Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Pflegebranche für allgemeinverbindlich zu erklären.

Initiativen zur Müllvermeidung und zum Klimaschutz

Der Bundesrat brachte eigene Initiativen auf den Weg zum Verbot von Einweg-E-Scootern und Einwegplastiktüten sowie Entschließungen zur Förderung von Erneuerbaren Energien und zur Stärkung des Regionalverkehrs, zum Aufbau einer nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft, zum Schutz der Wildbienen und zur Unterstützung der Landwirtschaft bei der Bewältigung von Dürrekatastrophen.

Klimaschutzpaket: verbindliche Ziele, höhere Brennstoffpreise, sozialer Ausgleich

Einen inhaltlichen und politischen Schwerpunkt der Sitzung bildete die ausführliche Debatte zum Klimapakete der Bundesregierung. Der Bundesrat nahm kritisch Stellung zum geplanten Bundesklimaschutzgesetz und einzelnen steuerlichen Maßnahmen, wie der Änderung der Pendlerpauschale und der ermäßigten Mehrwertsteuer für Bahntickets. Er äußerte sich auch zur geplanten Erhöhung der Flugsteuer und CO2-Bepreisung.